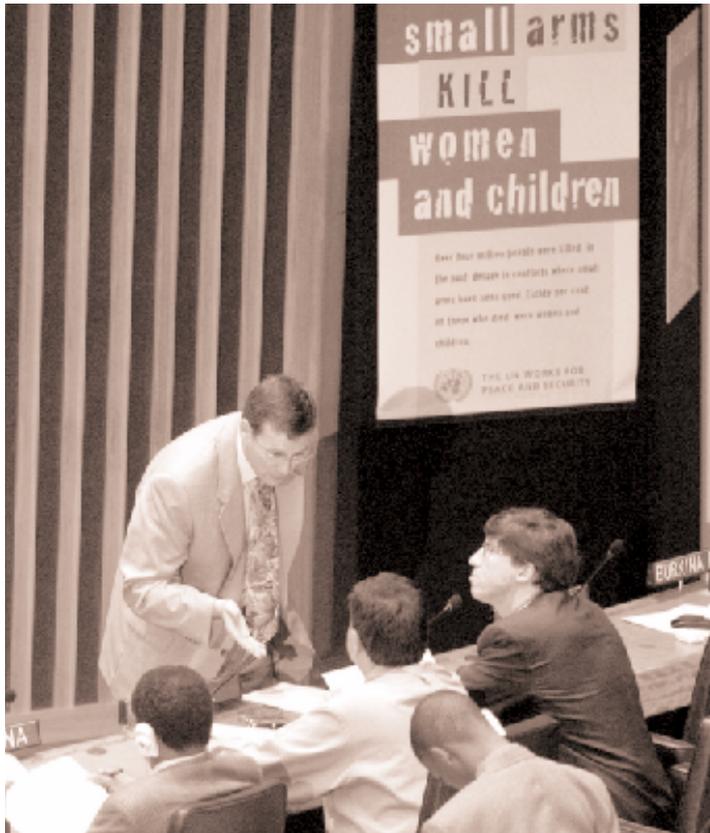


# Übereinstimmung in New York: Die 2001 UN Small Arms Conference



© Associated Press/Shawn Baldwin

Delegierte der 2001 UN Small Arms Conference bei der Debatte.

Nach nahezu vierjähriger Vorbereitungsarbeit ging die *United Nations Conference on the Illicit Trade in Small Arms and Light Weapons in All Its Aspects* "die Konferenz" am 21. Juli 2001 zu Ende. Das Ergebnis nach zweiwöchiger Dauer war ein *Programme of Action to Prevent, Combat, and Eradicate the Illicit Trade in Small Arms and Light Weapons in All Its Aspects*, kurz "das Programm" genannt.

UNO Generalsekretär Kofi Annan begrüßte die vielen wichtigen ersten Schritte des Programms als unverzichtbar für die Erstellung von Normen sowie für die Implementierung kollektiver Bemühungen im Kampf gegen diese weltweite Plage.

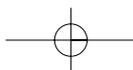
Das Programm verweist auf die humanitären, sozioökonomischen und sicherheitsbezogenen Folgen, die der illegale Handel mit diesen Waffen sowie deren übermäßige und destabilisierende Anhäufung mit sich bringt. Mit ihrer Zustimmung zu diesem Programm haben die einzelnen Regierungen die Verpflichtung übernommen, eine Reihe von Maßnahmen auf nationaler, regionaler und globaler Ebene zu ergreifen.

Außerdem beschlossen sie, sich alle zwei Jahre wieder zu treffen und spätestens 2006 auf einer weiteren Konferenz die Umsetzung des Programms zu überprüfen.

Das Programm bestätigt erneut die Vielschichtigkeit der Probleme, die sich durch die Verbreitung und den Missbrauch von Kleinwaffen ergeben, und die weit über die Fragen der Kontrolle und Abrüstung hinausgehen und Konfliktverhütung, Weiterentwicklung, Verbrechensbekämpfung, Gesundheits- und allgemein- humanitäre Aspekte umfassen. Die Hauptverantwortung zur Lösung der Kleinwaffenprobleme wird den jeweiligen nationalen Regierungen übergeben. Abschließend betont das Programm sowohl die regionalen als auch die weltweiten Dimensionen dieses Problems und die damit verbundene Notwendigkeit einer engeren Zusammenarbeit.

Mehrere Staaten machten deutlich, daß sie kleinen Beschlüssen zustimmen würden, die Hinweise auf Menschenrechtsverletzungen beinhalteten.

Zu den Maßnahmen, denen die einzelnen Staaten zugestimmt haben, gehört, daß die nationalen Gesetze bezüglich Herstellung und Transfer von Kleinwaffen verschärft werden und sichergestellt wird, daß alle Waffen ordnungsgemäß markiert, und adäquate Belege erstellt werden, die eine bessere Überwachung beschlagnahmter Waffen ermöglichen; daß das System einer Endnutzerzertifizierung verbessert wird, um das Risiko der Umleitung von Waffen und deren illegalen Handel zu verringern, ihre Zerstörung zu beschleunigen und die Kontrolle ihrer Lagerbestände zu verschärfen; daß durch die Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen die Wirkung von durch den Weltsicherheitsrat beschlossenen Waffenembargos nachhaltig garantiert wird; und daß allgemein die Zusammenarbeit mit einschlägigen internationalen und regionalen Organisationen, NROs eingeschlossen, gefördert wird.



Der Wortlauf des Programms ist jedoch nicht bindend und läßt den einzelnen Staaten viel Ermessens- und Interpretationsspielraum. Wesentlicher jedoch ist die Tatsache, daß in der Schlußversion wichtige Themen ausgeklammert wurden, auf die verschiedene Staaten und NROs vor und während des Konferenzverlaufs aufmerksam gemacht hatten. Dazu gehören konkrete Verpflichtungen wie das Aushandeln eines internationalen Instrumentariums betreffend, die Markierung und den Verbleib der Waffen; die Regulierung des privaten Waffenbesitzes; der Steigerung der Transparenz in Bezug auf die legale Produktion, Lagerhaltung, und den Handel von Kleinwaffen; die Kontrolle über ihre Transfers an nichtstaatliche Akteure; eine Übereinkunft über die spezifischen Kriterien zur Waffenexportkontrolle; sowie die Schaffung eines international rechtsverbindlichen Instrumentariums zur Kontrolle von Waffenmaklern.

In der Vorbereitungszeit und während der gesamten Konferenzdauer spielten zwei NRO-Gemeinschaften eine besonders einflußreiche Rolle. Die weit größte war eine breite Koalition von mehr als 300 Gruppen, zusammengeführt unter dem International Action Network on Small Arms (IANSA), die sich für die Kontrolle der Verbreitung von Kleinwaffen und deren Auswirkungen einsetzte. Die zweite Gruppe vertrat die Interessen der Feuerwaffenlobby, die in der Konferenz eine Bedrohung ihrer Rechte als Waffenbesitzer und Sportschützen sahen. Insgesamt nahmen an der Konferenz 119 registrierte Organisationen und 380 individuelle Repräsentanten teil, die eine Vielfalt verschiedener Interessen vertraten. Obwohl diese Zahlen sich im Vergleich zu anderen UNO-Konferenzen bescheiden ausnahmen, verstanden diese Gruppen sich Gehör zu verschaffen und verbesserten ihre Möglichkeiten, sich nach der Konferenz voll in die Folgearbeit einzubringen.

Die Mitwirkung von NROs an der 2001 UN Conference verstärkte ihre Möglichkeiten, sich in Zukunft noch erfolgreicher an der Lösung des Kleinwaffenproblems zu beteiligen.



Multilaterale Diplomatie führte zu einem von allen Beteiligten getragenen Programme of Action, doch zu keiner festen Zusage, ein rechtlich verbindliches Instrumentarium auszuhandeln.

© Associated Press/Richard Drew

Während des gesamten Konferenzverlaufs spielten die Vereinigten Staaten eine Hauptrolle. Ihre Vertreter ließen von Anfang an deutlich durchblicken, daß sie keinem Kompromißprogramm zustimmen würden, das den privaten Kleinwaffenbesitz einschränken oder verbieten, und den Waffenhandel allein auf Regierungen beschränken würde. Wie vorauszusehen, vertraten die USA als einziges Land diese Einstellung, und befanden sich damit in direkter Opposition zum afrikanischen Block. Letztendlich wurden beide Maßnahmen nicht in das Programm aufgenommen.

Die verschiedenen Partnerschaften, die sich während der Konferenz gebildet haben, werden entscheidend dazu beitragen, die vielfältigen Dimensionen des Themas Kleinwaffen zu behandeln.

Das Programm liefert zum ersten Mal globale Rahmenbedingungen zur Unterstützung der Aktivitäten von nationalen Regierungen, regionalen und internationalen Organisationen, sowie der zivilen Gesellschaft im Kampf gegen den illiziten Kleinwaffenhandel. Es hat das Engagement vieler Staaten bezüglich dieses illiziten Handels wesentlich verbessert und rechtfertigt das Vorgehen aller Beteiligten, einschließlich NROs, jene Staaten, die ihren Verpflichtungen nicht nachkommen, zu beobachten, zu ermahnen, und, falls notwendig, unter politischen Druck zu setzen.

Die Konferenz und ihr Ergebnis könnten sich in dreierlei Hinsicht positiv auswirken. Erstens würde das weitere vorgehen unter der Schirmherrschaft des *UN First Committee* verbleiben, und somit weiterhin von einer Waffenkontroll- und Abrüstungszielsetzung geleitet werden. Zweitens könnten Koalitionen außerhalb der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen das Programm dadurch bereichern, daß sie sich auf die humanitären und wirtschaftlichen Kosten, die mit der Verbreitung und dem Gebrauch von Kleinwaffen verbunden sind, konzentrieren. Drittens könnten die Vereinten Nationen die Art und Weise ändern, wie sie das Problem angehen, indem sie dessen Vielschichtigkeit anerkennen und einen Mechanismus schaffen, der eine wirksamere und umfassendere Berücksichtigung aller wirtschaftlichen, sozialen und humanitären Auswirkungen der Ansammlung, Verbreitung und den Mißbrauch von Kleinwaffen schafft und damit den Einbezug größerer Interessengruppen gewährleistet.